Protokoll der 5. Sitzung des 37. Studierendenparlaments am 02.12.2010

Beginn: 18:15 Uhr Ende: 24:00 Uhr

Ort: V2-105/115

Protokoll: Johannes Zück

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Oliver Nißing (ghg*ol/Vorsitz) eröffnet die 5. Sitzung des 37. StuPas.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

Oliver (ghg*ol/Vorsitz) stellt die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Einladung fest.

Anwesend sind:

Allwesellu sillu.	
Unger, Hendrik	g*al
Houben, Malin	g*al
Eikmeyer, Felix	g*al
Osinga, Christian	KOMPASS
Pruisken, Henrik	ghg*ol
Wiegand, Alexander	ghg*ol
Nißing, Oliver	ghg*ol
Petersen, Ingwar	ghg*ol
Kleinekathöfer, Vanessa	ghg*ol
Schiebel, Jessica	ghg*ol
Munoz, Antu	ghg*ol
Waimann, Lisa	ghg*ol
Tiemann, Harald	C.S.U.
Seelhorst, Jan	DWW*
Zakowski, Lena	:uniLinks!_r.o.s.a.
Krenz-Dewe, Daniel	:uniLinks!_r.o.s.a.
Muhle, Florian	:uniLinks!_r.o.s.a.
Zück, Johannes	Juso-HSG
Bolgen, Katharina	Juso-HSG
Pieplau, Stefan	Juso-HSG
Westermann, Till	Juso-HSG
Freese, Daniel	Juso-HSG
Müller, Arne-Goran	BieLi
Sandow, Isabelle	PIRATEN
Görler, Benjamin	PIRATEN
Meyer, Niklas	RCDS
Aslan, Theodora	RCDS

Bielefeld, Henning	LHG
Brockerhoff, Lisa	AStA
Diekmann, Benjamin	AStA
Ganz, Dorothea	AStA
Horstmann, Diether	AStA
Müller, Christian	AStA
Richters, Barbara	AStA
Schneider, Max	AStA

Von der LHG ist Roga Afradi nicht anwesend.

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

Johannes Zück (Juso-HSG) wird einstimmig zum Protokollführer ernannt.

d) Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um TOP 8 b)KassenprüferInnen ergänzt. Neu ist außerdem die Aufteilung von TOP 9 in TOP 9 neu: Haushaltsplan 2011 2. Lesung und TOP 10 neu: Haushaltsplan 2011 3. Lesung. Die geänderte Tagesordnung lautet nun:

TOP 1: Formalia

- a) Begrüßung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
- c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers
- d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

- Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlaments
- Protokoll der 4. Sitzung des 37. Studierendenparlaments
- TOP 3: Gäste
- TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes
- TOP 5: Bericht des AStA
- TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen
- TOP 7: Entlastungen der Finanzreferenten und dem Vorsitz aus dem Jahr 2009
- **TOP 8: Wahlen und Nominationen**
 - a) Programmbeirat Hertz 87,9: 1 Mitglied
 - b) KassenprüferInnen 2011

TOP 9 neu: Haushaltsplan 2011 2. Lesung TOP 10 neu: Haushaltsplan 2011 3. Lesung

TOP 11 neu: Anträge TOP 12 neu: Sonstiges

TOP 2: Protokollgenehmigungen

- Protokoll der 8. Sitzung des 36. Studierendenparlaments

Dieses Protokoll wird nicht besprochen, da die Protokollantin fehlt. **Oliver (ghg*ol/Vorsitz)** weißt jedoch darauf hin, dass es die Veröffentlichung eines Protokolls der entsprechenden Sitzung im Interesse aller wäre.

- Protokoll der 4. Sitzung des 37. Studierendenparlaments

Zu diesem Protokoll gibt es keine Anmerkungen oder Änderungswünsche.

Protokoll 37.4	Ja	Nein	Enthaltung
	14	0	5

Damit ist das Protokoll genehmigt

TOP 3: Gäste

Die **Fachschaft Wirtschaftswissenschaften** stellt einen Antrag auf die Finanzierung einer neuen Couch, da die über zehn Jahre alte Couch ramponiert sei und so den Anforderungen der Fachschaft nicht mehr gerecht werden könne. Der Kostenvoranschlag für die neue Couch beträgt 1.260,- €. Zusätzlich soll eine neue Garderobe für 50,- € angeschafft werden.

Daniel Freese (Juso-HSG) fragt, wie viele Leute auf der neuen Couch sitzen können. Maik Lewerenz (FS WiWi) erläutert, dass Platz für 10 Personen geboten würde und die Couch außerdem pflegeleicht sei. Lisa Waimann (ghg*ol) erkundigt sich, ob nicht auch günstigere Alternativen, ohne Leder zur Verfügung ständen. Maik entgegnet, dass möglichweise günstigere Alternativen existieren, diese jedoch in ihrer Haltbarkeit nicht an die ausgesuchte Couch heranreichten und damit für die Fachschaft ungeeignet wären.

Couch und Garderobe	Ja	Nein	Enthaltung
	19	0	3

Damit sind Couch und Garderobe für die FS WiWi genehmigt.

Die **Fachschaft Wirtschaftswissenschaften** beantragt die nachträgliche Erstattung einer TutorInnenfahrt im Jahr 2008, da die Fahrtkosten beim AStA eingereicht, scheinbar jedoch nicht bezahlt worden seien. Die Reisekostenordnung sieht eine Erstattung von 1.530,- € vor, die Fahrt selber habe jedoch 1.573,- € gekostet, die Differenz soll erstattet werden.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) erkundigt sich, ob auch Erstifahrten stattfinden. Maik (FS WiWi) verneint dies. Christian Osinga (KOMPASS) möchte wissen, wann gemahnt wurde, worauf Maik Lewerenz (FS WiWi) entgegnet, dass die Mahnung erst nach über zwei Jahren gekommen sei.

TutorInnenfahrt	Ja	Nein	Enthaltung
	23	1	0

Damit ist die nachträgliche Erstattung der Fahrt genehmigt.

Die **Projektgruppe 10. WSF** stellt einen Antrag auf Übernahme von Fahrtkosten:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Reisekosten für Flüge und Unterkünfte zu dem Weltsozialforum 2011 in Dakar/ Senegal werden für die Gruppe 'Projekt AG 10.WSF' mit einem Umfang von bis zu 6.500 € übernommen.

Erläuterung:

Als Gegenveranstaltung zu den Gipfeln der Welthandelsorganisation (WTO), dem Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) und den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln findet das Weltsozialforum seit 2001 statt und ist zu einem Symbol der globalisierungskritischen und emanzipatorischen Bewegungen weltweit geworden. Mit den weltweiten Treffen wird unter anderem beabsichtigt,

Alternativen zum in den Medien "vorherrschenden Denkmodell des globalen Neoliberalismus" aufzuzeigen und deren Ausarbeitung zu fördern. Auf der Ebene der Symbolpolitik soll es zum Ausdruck bringen, dass es auch eine andere Globalisierung gibt, die sich abseits von WTO und G8-Gipfeln bewegt. Die "Bewegung der Bewegungen" befindet sich jedoch seit ca. 3 Jahren im Niedergang. Seit der großen Mobilisierung von Heiligendamm 2007 konnten keine vergleichbaren Manifestationen der globalisierungskritischen Bewegung erfolgen. Auch auf die weltweiten sozialen Verwerfungen im Zusammenhang mit der so genannten Finanzkrise 2008ff. konnte bisher keine bewegungspolitische Antwort gefunden werden. Das 10. WSF, das vom 6. bis 11. Februar 2011 in Dakar / Senegal stattfinden wird, wird also vermutlich Anlass für Rückschau und kritische Reflexion der Praxis der Bewegung sein.

Das Vernetzen sozial engagierter Personen und Organisationen soll zum Ausdruck bringen, dass eine Globalisierung statt einer "Deregulierung zum Vorteil des Stärkeren" verantwortungsbewusstes Denken und Handeln für das Wohl der ganzen Welt bedeuten kann. Das Weltsozialforum soll der Koordination und dem Erfahrungsaustausch dienen. Darüber hinaus werden auf dem WSF aber auch ganz konkrete politische Projekte verfolgt, wie etwa die Vernetzung afrikanischer und europäischer Aktivist_innen im Bereich der antirassistischen Migrationspolitik. Aufgrund unserer politischen Arbeit in verschiedenen Gruppen an der Uni (Antira Ag/ Antifa Ag) wäre gerade letzteres ein Schwerpunkt unseres politischen Interesses des Kongress und würde auch die Vor- und Nachbearbeitung dahingehend fokussieren.

Im Nachgang sollen die Erfahrungen und wichtigsten Diskussionspunkte vom WSF der Studierendenschaft in Form einer oder mehrerer Abendveranstaltungen und eines schriftlichen Berichts zugänglich gemacht werden. Evtl. ist auch ein Beitrag auf Hertz 87,9 möglich.

Das bisherige Vorbereitungsteam besteht momentan aus Sebastian Lemme und Daniel Krenz-Dewe. Des Weiteren gibt es zurzeit noch weitere 5 interessierte Studierende (Idealerweise schwebt uns eine Gruppengröße von 5 bis 8 Studierenden vor). Je nach Umfang des bereitgestellten Geldtopfes und Anzahl der interessierten Menschen soll eine Fahrkostenübernahme oder lediglich -bezuschussung erfolgen. Wir wären selbstverständlich bereit einen Eigenanteil einzubringen. Eine Bereitstellung bezüglich 6500 € wäre unserer Ansicht nach angemessen.

Daniel Krenz-Dewe (:uniLinks!_r.o.s.a.) stellt vor, dass die Gruppe zum Weltsozialforum (WSF) nach Senegal fahren möchte. Da die globalisierungskritische Bewegung im Niedergang sei, biete das 10. WSF eine kritische Reflexion der aktuellen Situation. Die Projektgruppe erhoffe sich auch interessante Anknüpfungspunkte durch den Veranstaltungsort in Westafrika. Ein anderer Schwerpunkt liege auf der Integrationspolitik und solle Initiativen aus aller Welt zusammenbringen, wodurch die Arbeit einiger Gruppen an der Uni von dieser Reise positiv beeinflusst werden könne. Daniel erläutert die weitere Vorbereitung: Bisher treffen sich 3-5 Leute für die Vorbereitung der Fahrt. Die Gruppe solle jedoch auch für andere Menschen an der Uni geöffnet werden, weshalb in zwei Wochen zu einer großen Veranstaltung eingeladen werden solle, auf der die weitere Vorbereitung besprochen würde.

Katharina Bolgen (Juso-HSG) meint, dass die Idee super sei. Der vorliegende Antrag jedoch wäre ein Freifahrtschein für die bisherige Gruppe nach Afrika zu fahren. Die Verantwortung würde mit diesem Antrag an die Projekt AG abgegeben werden. Christian Osinga (KOMPASS) wirft ein, dass für so viel Geld keine Leute nach Dakar geschickt werden sollen. Außerdem dürfe mit einer Reise nach Dakar nicht die Arbeit in der Projektgruppe beworben werden. Sebastian Lemme (Projekt AG) unterstreicht, dass die Reise kein Urlaub sei, sondern ein gut durchstrukturiertes Programm voller Arbeit enthalte. Daher sollen auch nur Menschen mit echtem Interesse mitfahren. Lisa Waimann (ghg*ol) erkundigt sich, wie die Gruppe festgelegt werden soll, falls nicht 8, sondern 15 Menschen Interesse an der Fahrt haben. In ihren Augen wäre dies nicht durchführbar, da so eine Reise nicht aus dem Geld der Studierendenschaft bezahlt werden solle. Daniel Freese (Juso-HSG) erfragt, wie sich die Kosten zusammensetzen. Außerdem fordert er, dass sich die Finanzierung im Rahmen hält. Malin

Houben (g*al) ist der Ansicht, dass die Vorstellung des Projekts nicht den Schluss zulässt, die Reise sei Urlaub. Der Antrag solle bloß Planungssicherheit gewährleisten. Außerdem sei der Antrag kein Freifahrtschein da Auslandsreisekosten separat im StuPa genehmigt werden müssten. Daniel K.-D. erläutert, dass die Leute, welche die Reise antreten werden noch festgelegt werden müssten und der Antrag nur auf einer groben Kostenkalkulation beruhe. Zunächst solle kein Bewerbungsverfahren stattfinden, sondern bei der Veranstaltung geguckt werden, wer mitfahren möchte. Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) meint, dass Planungssicherheit nur als Argument für diesen Antrag gelte, wenn ein zweiter Antrag einen "Freifahrtschein" habe. Es wäre im Weiteren nicht schlimm, wenn Menschen die bereits aktiv sind, mehr Chancen haben nach Dakar zu fahren. Katharina fragt sich, weshalb dieser Antrag gestellt werde, der nicht konkreter sei, als es eine mögliche Kommentierung im nächsten Haushalt wäre. Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) fordert, dass eine realistischere Kostenaufstellung vorgelegt werden solle. Außerdem müsse geprüft werden, welche anderen Stellen diese Reise zusätzlich bezuschussen könnten. Diether Horstmann (AStA) möchte wissen, wie teuer die Fahrt pro Person ungefähr wäre. Sebastian erklärt, dass ca. 1.000 Euro pro Person für den Flug bezahlt werden müssten. Lisa W. möchte nicht unterstellen, dass diese Fahrt als Urlaub missbraucht würde. Für eine sehr kleine Gruppe wurde vor ein paar Monaten bereits eine Reise nach Südafrika mit sehr viel Geld genehmigt. Sie findet so eine Fahrt elitär, da das Geld von Studierenden stamme, die es zum größten Teil nicht über haben. Christian denkt, dass der Antrag bereits ein Antrag auf Auslandsreise sei und somit mit einer Zustimmung zu diesem Antrag die Auslandsreise bereits genehmigt sei. Im vorgestellten Modell sieht er die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gegeben, könnte sich aber eine andere Finanzierung - die Hälfte des Geldes vom StuPa, die andere Hälfte von einer anderen Gruppe - vorstellen. Christian meint, dass maximal 3 Personen fahren sollen und somit höchstens 1.500 € durch das StuPa bewilligt würden. Die Auswahl der Personen würde das StuPa treffen. Malin unterstreicht, dass der Antrag erst in der 2. Lesung zum Haushalt besprochen werden solle. Nun könne höchstens eine Formulierung im Sinne von "Das StuPa unterstützt grundsätzlich ein Fahrt nach ... "beschlossen werden. Florian Muhle (:uniLinks!_r.o.s.a.) erklärt, dass die Idee des WSF nur funktioniere, wenn Menschen mit finanzieller Unterstützung dorthin fahren. Eine "Goodwill Erklärung" in der Kommentierung nütze wenig. Vanessa erklärt, dass bei einem genehmigten Antrag keine Kommentierung mehr nötig sei. Antu Munoz (ghg*ol) findet es unfair, dass Menschen, die länger aktiv sind höhere Chancen haben nach Dakar zu fahren. Sebastian stellt dar, dass die Fahrt ohne Unterstützung des StuPas nicht stattfinden würde. Lisa B. erkundigt sich, ob noch außerhalb der Uni nach Unterstützung gefragt werde. Daniel K.-D. räumt ein, nicht nachgedacht zu haben, welcher Antrag zuerst gestellt werden solle, begrüßt aber die laufende Diskussion. Er macht deutlich, dass nicht die Antifa oder Antira die Personen entsende, sondern eine neue Gruppe. Woher noch Geld zu bekommen ist, wisse er nicht. Katharina möchte den Antrag vertagen. Till Westermann (Juso-HSG) erläutert, dass eine Abstimmung erst dann sinnvoll sei, wenn die Planung konkreter wäre, damit man nicht Leuten nach dem Motto "tut damit was ihr wollt" Geld in die Hand gebe. Benjamin Görler (PIRATEN) erkundigt sich, ob die Kosten für die Fahrt allein auf Grundlage einer Kommentierung erstattet werden könnten. Oliver Nißing (ghg*ol/Vorsitz) antwortet, dass dies nicht möglich sei, sondern die Fahrt separat abgestimmt werden müsse. Johannes Zück (Juso-HSG) rät den AntragsstellerInnen den Antrag zurückzuziehen. Daniel K.-D. zieht den Antrag zurück.

Die Fachschaft Chemie beantragt die Finanzierung des Erstitages und des Erstiwochenendes. Für den Erstitag sollen Essen und Getränke i.H.v. 257,20 € erstattet werden. Für das Erstiwochende von Freitag bis Sonntag fallen für 37 Erstis Restkosten, die nach der Reisekostenordnung nicht mehr erstattet würden, i.H.v. 617,16 € an.

Erstitag uwochenende	Ja	Nein	Enthaltung
	24	0	0

Damit ist die Erstattung der aufgeführten Kosten für die FS Chemie genehmigt.

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Oliver Nißing (ghg*ol/Vorsitz) hat nichts zu berichten.

TOP 5: Bericht des AStA

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) berichtet, dass Barbara vom Ökologie- ins Hochschulpolitikreferat gewechselt sei. Außerdem konnten viele Publikationen, wie die Poolpropaganda, Ankündigungen für die Vollversammlung und andere Veranstaltungen oder eine Pressemitteilung zur illegalen Studiengebührenverwendung an der Fakultät für Soziologie veröffentlicht werden. Zur Arbeit in den Referaten: Das Referat für Internationales und Frieden arbeite am Projekt "Kostenloses Essen für internationale Studierende"; erste Gespräche hätten bereits stattgefunden. Vanessa (ghg*ol) meint, dass bereits die Möglichkeit zur Befreiung angeboten würde. Lisa B. (ghg*ol/AStA) entgegnet, dass weitere Befreiungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen, so dass pro Person bspw. mehr als die bisherigen fünf Marken erstattet werden könnten. Die genaue Umsetzung sei jedoch noch in der Diskussion. Antu Munoz (ghg*ol) stellt fest, dass bisher sehr wenige Informationen zu Befreiungsmöglichkeiten existieren, daher sei dieses Thema zu begrüßen.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) kündigt für das Kulturreferat den Jonglierkongress im Jahr 2011 an, ein genauer Termin stehe jedoch noch nicht fest.

Im Weiteren berichtet sie aus dem Vorsitzreferat, dass Gespräche mit mehreren DekanInnen, bezüglich unrechtmäßigen Verhaltens von ProfessorInnen gegenüber Studierenden stattfänden. Außerdem sei der AStA wegen der Rückmeldefrist im Dialog mit dem Studierendensekretariat und auf Grund der Raumprobleme im Gespräch mit dem Dezernat FM. So sei nun der Gipsraum unter dem Audimax leer und auch der Druckraum im AudiMin musste ausgeräumt werden. Blöderweise sei der zur Verfügung gestellte Keller zu weit weg.

Das Referat für Netzpolitik und Technik habe Mailserver eingerichtet. Außerdem sei im Referat der Jugendmedienschutzstaatsvertrag ein aktuelles Thema.

Das Ökologiereferat konnte einen veganen Koch zum Thema "Veganes Essen in der Mensa" einladen.

Max Schneider (AStA) berichtet von der Vollversammlung, die am 23.11. stattgefunden habe. Dort wurden drei Anträge verabschiedet, welche die Landesregierung auffordern alle Studiengebühren schnellstmöglich mit Kompensationszahlungen abzuschaffen. Während der Anhörung in den für das Gesetz relevanten Ausschüssen des Landtages am 26.11. verlief die interessante Debatte leider ergebnislos.

Auf die unrechtmäßige Verwendung von Studiengebühren an der Fakultät für Soziologie sei mit einem Brief an das Ministerium und einer entsprechenden Pressemitteilung reagiert worden. Im Ergebnis reduziere die Fakultät nun ihre Lehre aus Studiengebühren.

Der LAT-KO ist auf dem letzten LandesAStenTreffen zurückgetreten, weshalb auf der Tagesordnung des nächsten Treffens eine grundsätzliche Diskussion über die Struktur des LAT stehe.

Aus dem Referat für Studienreform berichtet er weiterhin, dass Schwerpunkte vor allem die gemeinsame Organisation einer Infoveranstaltung zum Umgang mit Studierenden mit psychischen Problemen, zusammen mit der ZSB und die allgemeine Beratung von Studierenden seien.

Henrik Pruisken (ghg*ol) erkundigt sich, was Fälle "schlechter Behandlung" von Studierenden seien. **Lisa B. (ghg*ol/AStA)** erläutert, dass damit Beleidigungen in Veranstaltungen oder in E-Mails und die Missachtung der Prüfungsordnung gemeint seien.

Christian Osinga (KOMPASS/AStA-Verkehrsgruppe) berichtet aus der Verkehrsgruppe, dass 130 Studierenden die Beiträge für Tagestickets bereits erstattet worden seien und damit der Großteil erledigt wäre. Diese Erstattung müsse nun einen Monat pausieren, da moBiel auf SAP umgestellt habe und nun den Jahresabschluss mache. Außerdem waren zwei Personen der Verkehrsgruppe auf einem sonder-LAT zum Thema "NRW-Tickets". Es solle versucht werden gemeinsame Verhandlungen

über die Tickets zwischen LAT und dem für die Vermarktung der Tickets verantwortlichem Kompetenzcenter Marketing NRW (kcm) zu organisieren.

Zur Uni Card passiere momentan nichts weiter, **Christian** werde sich jedoch über den aktuellen Stand informieren.

15 Minuten Fraktionspause der Juso-HSG.

TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Da der Senat im entsprechenden Zeitraum nicht getagt hat, erübrigt sich ein Bericht.

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) berichtet aus der Kommission für Studium und Lehre, dass die Bachelorprüfungsordnung (BPO) behandelt wurde. speziell ging es um den Einsatz von turnitin bei Haus- und Abschlussarbeiten: Wie bisher dürfe das Programm nur auf Verdacht verwendet werden. Außerdem wurde besprochen, dass im Falle zu hoher Anmeldezahlen für einzelne Kurse Studierende mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen bei der Teilnahme bevorzugt werden sollen.

Henrik Pruisken (ghg*ol) erläutert, dass in der ersten Sitzung der Kommission für Organisationsentwicklung die Benutzungsordnung der Bielefeld School of Education (BiSEd) besprochen wurde. Diese solle künftig vor allem die Master of Education verwalten und in dieser Funktion das aktuelle Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) ersetzen. Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) fordert, dass die BiSEd die Verfahren für das Praxissemester schnellstmöglich abstimmt, da die aktuelle Situation ohne Regelung zu einem Problem für viele Lehramtsstudierende werden könnte.

Jan Seelhorst (DWW*) berichtet von der zentralen Studiengebührenkommission, dass bereits abgelehnte Anträge wieder eingereicht wurden, und erneut abgelehnt worden seien. Außerdem bestehe momentan eine Reserve i.H.v. einer Million, von der 0,5 Mio. Zinsen aus alten Gebühren seien.

TOP 7: Entlastungen der Finanzreferenten und dem Vorsitz aus dem Jahr 2009

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) berichtet, dass der Haushaltsausschuss einstimmig die Entlastung empfohlen habe. Damit stellt Johannes Zück (Juso-HSG) den Antrag auf Entlastung.

Entlastung	Ja	Nein	Enthaltung
	22	0	1

Damit sind Finanzreferenten und Vorsitz des AStA aus dem Jahr 2009 entlastet.

TOP 8: Wahlen und Nominationen

a) Programmbeirat Hertz 87,9: 1 Mitglied

Hendrik Unger (g*al) erläutert, dass es sich um ein Beratungsgremium handele, das Programmfeedback gibt. Die Amtszeit betrage zwei Jahre, und pro Jahr fänden im Schnitt drei Sitzungen statt. Henrik Pruisken (ghg*ol) meint, dass es von Vorteil sei, wenn die AStA Presseperson diese Aufgabe übernehme, da dieser Mensch die notwendige Expertise habe, um die Aufgabe angemessen auszuführen. Lisa Waimann (ghg*ol) ergänzt, dass jemand anderes die Aufgabe übernehmen könne, sollte sich herausstellen, dass die Konstellation nicht praktikabel wäre. Gianmarco Crappa ist vorgeschlagen.

Gianmarco Crappa	Ja	Nein	Enthaltung
	22	1	1

Damit ist Gianmarco gewählt.

b) KassenprüferInnen

Vorgeschlagen werden Alexander Wiegand (ghg*ol), Christian Osinga (KOMPASS) und Henning Bielefeld (LHG).

Christian Osinga (KOMPASS) erläutert die Aufgaben der Kassenprüfung: Zum einen werde eine unvermutete Prüfung durchgeführt, in der kontrolliert werde, ob die Barkasse, der Buchbestand und die Überweisungsträger zusammen passen (Dauer ca. 2-3 Stunden). Der große Teil der Arbeit finde nach dem Rechnungsergebnis mit der vermuteten Prüfung statt. Alle Geschäftsvorfälle würden durch die drei Prüfer untersucht. Es gebe eine volle Aufwandsentschädigung für die Arbeit.

Malin Houben (g*al) stellt einen Antrag auf Einzelabstimmung.

Alexander Wiegand	Ja	Nein	Enthaltung
	22	0	1

Damit ist Alexander gewählt.

Christian Osinga	Ja	Nein	Enthaltung
	22	0	1

Damit ist Christian gewählt.

Henning Bielefeld	Ja	Nein	Enthaltung
	20	2	1

Damit ist Henning gewählt.

TOP 9 neu: Haushaltsplan 2011 2. Lesung

Es liegt folgender Antrag des AStA vor:

Die maximale Aufwandsentschädigung soll auf 660,- € pro Monat und Person angehoben steigen. Hierzu wird in der Kommentierung unter Allgemeine Bemerkungen in "K 5 AE" die Zahl "640" in "660" geändert.

Die sich daraus ergebenden Änderungen im weiteren Haushalt sind vom Finanzreferenten vorzunehmen.

Begründung:

Die Aufwandsentschädigungen für die Tätigkeit in der studentischen Selbstverwaltung soll den Empfänger_innen die Lebensführung während ihres Engagements erleichtern. Als Bezugsgröße für die maximal auszahlbare AE gilt seit jeher der aktuelle BAföG-Höchstsatz. Dieser liegt seit Beginn des Wintersemesters bei 670,- €. Um nicht einmalig eine zu große Erhöhung vorzunehmen, soll in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 20,- € auf dann 660,- €vorgenommen werden.

Christian Osinga (KOMPASS) stellt einen Änderungsantrag zur Erhöhung auf 670,- €, diese Änderung wird vom Antragssteller übernommen. Henrik Pruisken (ghg*ol) fragt, wie viel mehr Geld nach der Änderung insgesamt für Aufwandsentschädigungen ausgezahlt würde. Christian antwortet, dass sich dann nur die Zahl der ausgezahlten AE verringere, die Gesamtsumme also gleich bleibe.

AE 670,-€	Ja	Nein	Enthaltung
	17	3	5

Damit ist der geänderte Antrag angenommen.

Es liegt folgender Antrag von DWW* vor:

Die dem AStA zu Verfügung stehenden Aufwandsentschädigungen erhöhen sich um 11.520,- €, so dass dann insgesamt 10 volle Aufwandsentschädigungen zu Verfügung stehen. In der KST 53 erhöht sich der AE Topf des AStA.

Begründung:

Durch den engen Zeitplan und die hohe dauerhafte Arbeitsbelastung von Studierenden in den Bachelor/Master-Studiengängen, sowie dem damit einhergehenden Druck, das Studium in Regelstudienzeit abzuschließen, bleibt engagierten Studierenden immer weniger Zeit, sich aktiv in die studentische Selbstverwaltung einzubringen. Das Interesse ist durchaus vorhanden. Allerdings mit im Vergleich zur Vergangenheit vermindertem persönlichen Zeitaufwand. Hieraus resultieren viele "kleine Stellen" innerhalb der verschiedenen Gremien, woraus sich der für Organisation und Koordinierung aufzuwendende Zeitaufwand drastisch erhöht. Da auf absehbare Zeit unwahrscheinlich ist, dass wieder freiere Formen der Studiengangsgestaltung eingeführt werden, ist eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Aufwandsentschädigungen der einzige Weg, den erlittenen Verlust von Arbeitszeit aufzufangen.

Christian Osinga (KOMPASS) möchte wissen, ob sich durch den Antrag der Mehraufwand verringere. Till Westermann (Juso-HSG) empfiehlt ReferentInnen mit jeweils höheren AE'en einzustellen, um den Organisationsaufwand zu meistern. Malin Houben (g*al) erläutert, dass die Erhöhung dazu führe, alle Aufgaben erfüllen zu können und auch für die vielen neuen Veranstaltungen genügend Personal zu haben. Max Schneider (AStA) denkt, dass der AStA mehr Handlungsspielraum bekomme und besser kurzfristig auf Situationen reagieren könne. Lisa Waimann (ghg*ol) fragt, ob die Gefahr bestände, dass eine dauerhafte Aufstockung zu einem Mangel an Arbeitsplätzen führe. Henrik Pruisken (ghg*ol) meint, dass die Koordination so vieler Leute schwierig sei. Für andere Veranstaltungen gebe es Geld aus freien Projekten und anderen Töpfen. Christian Müller (AStA) sagt, dass für den enormen Mehraufwand durch bspw. das festival contre le racisme ein Puffer gewünscht sei. Jan Seelhorst (DWW*) wirft ein, dass sich die Summe im Antrag mit der neuen AE-Höhe auf 15.120 € korrigieren würde. Johannes Zück (Juso-HSG) stellt einen Änderungsantrag zur Erhöhung auf 9 volle Aufwandsentschädigungen. Diether Horstmann (AStA) unterstreicht, dass der neuen Studiensituation (BA/MA) Rechnung getragen werden solle. Antu Munoz (ghg*ol) findet, dass der AStA selber am besten wisse, wie viel er benötigt. Max sagt, dass im AStA Platz für alle sei. Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) möchte wissen, wer den höheren Koordinationsaufwand bewältige. Barbara Richters (AStA) stellt fest, dass jede Person im AStA mehr arbeite, als sie für ihr Geld tun müsste. Für besonders hohen Aufwand bestände durch die Änderung die Möglichkeit mehr Geld auszuzahlen. Till erklärt, dass die Einstellung von mehr Leuten zu einer Erhöhung des Koordinationsaufwands führen würde. Er fragt wer diesen größeren Aufwand leisten solle. Lisa W. möchte wissen, wo die neuen Leute untergebracht werden sollen, da die Plätze im Pool begrenzt seien. Außerdem würde durch die größere Zahl von Menschen, die nicht an den Sitzungen teilnehmen könnten die Informationshierarchien verstärkt werden. Benjamin Diekmann (AStA) berichtet, dass die bestehenden acht Arbeitsplätze ausreichten. Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) erläutert, dass das Problem der Informationshierarchien nicht so groß sei, da Protokolle nach den Sitzungen zügig rumgeschickt würden. Auch die Arbeitsplätze ständen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Insgesamt stehe der AStA hinter dem Antrag von DWW*. Isabelle Sandow (PIRATEN) möchte, dass jeder für seinen Aufwand entlohnt werde, allerdings solle die Erhöhung in kleinen Schritten umgesetzt werden. Christian Osinga (KOMPASS) schlägt vor am besten gleich 12 AE'en und größere Räume zu beantragen. Dorothea Ganz (AStA) meint, dass die Klausurtagung am letzten Wochenende und die vielen laufenden Projekte gezeigt hätten, dass die Arbeit an den Grenzen sei. Henrik denkt, dass die Menschen im AStA schon früher immer mehr gearbeitet haben, als sie mussten. Alternativ könnte etwas weniger gearbeitet werden. Jan erklärt, dass durch vieles Unvorhergesehenes die Arbeit nicht gut planbar wäre, so dass ein Puffer sinnvoll erscheine. Der Koordinierungsaufwand steige automatisch mit der Zahl der AE'en, die zusätzliche Arbeit würde von allen Menschen im AStA geleistet. **Christian** fragt, warum nicht der AStA, sondern DWW* den Antrag stelle. Außerdem kritisiert er die Kurzfristigkeit, da eine so gravierende Änderung hätte besser diskutiert werden müssen. **Lisa B.** antwortet, dass der AStA diesen Antrag nicht gestellt habe, da sich die ReferentInnen erstmal einarbeiten mussten. **Jan** unterstreicht, dass der hohe Bedarf an AE'en zu Beginn der Amtszeit nicht gesehen worden sei und dieser Antrag daher erst auf der Klausurtagung in der letzten Woche diskutiert und auf der gestrigen Sitzung beschlossen werden konnte. Der Änderungsantrag von **Johannes** wird abgestimmt.

9 AE'en	Ja	Nein	Enthaltung
	13	10	4

Damit ist die Änderung angenommen.

Der Antrag wird von Jan zurückgezogen.

Hendrik Unger (g*al) stellt einen Antrag zur Erhöhung auf 9,5 AE'en.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) stellt einen Antrag zur Erhöhung auf 9 AE'en.

Henrik Pruisken (ghg*ol) fragt sich, woher das ganze Geld überhaupt kommen solle. Ingwar Petersen (ghg*ol) erkundigt sich, wie hoch der Überschuss in diesem Jahr wahrscheinlich werde. Diether Horstmann (Finanzreferent) antwortet, dass dies nicht genau vorausgesagt werden könne, momentan aber noch 450.000,- nicht verwendet worden seien.

Der weitergehende Antrag Hendrik wird abgestimmt.

9,5 AE'en	Ja	Nein	Enthaltung
	15	7	4

Damit ist der Antrag angenommen und der Antrag von Vanessa entfällt.

15 Minuten Fraktionspause von DWW*.

Es liegt folgender Antrag der ghg*ol vor:

Die Kostenstelle 52 (StuPa) soll um 10.000,- € erhöht werden, um neue, mobile Stellwände anzuschaffen.

Begründung:

Die neuen Stellwände wären einfacher zu transportieren. 10 Stellwände kosten zusammen 5.000,- €, zusätzlich könnten mobile Tische angeschafft werden.

Malin Houben (g*al) wirft ein, dass sich alternativ unter die bestehenden Stellwände Rollen anbringen ließen, so dass diese auch weiterhin genutzt werden könnten. Der Großteil dieser Stellwände sei schließlich noch in Ordnung. Felix Eikmeyer (g*al) fragt, wer sich um die Lagerung der Stellwände kümmern werde. Henrik Pruisken (ghg*ol) denkt, dass neue Stellwände möglicherweise weniger Platz zur Lagerung bräuchten. Malin besteht darauf, dass bei so viel Geld erstmal die Alternativen geprüft werden sollten. Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) meint, dass künftig leichtere Stellwände sinnvoll wären, damit sie auch vom Untergeschoss in die Unihalle getragen werden könnten. Henrik resümiert, dass Geld in die Hand genommen werden müsse, egal welche Alternative gewählt werde. Durch die Alternativen reichten wahrscheinlich jedoch 5.000,- € aus. Malin möchte wissen, in welchen anderen Töpfen ausreichend Geld für neues Mobiliar eingestellt sei. Diether Horstmann (Finanzreferent) erklärt, dass bisher unter Neuanschaffungen 25.000,- € zur Verfügung ständen, eine Erhöhung dennoch nicht unsinnig sei.

Der geänderte Antrag, UK 97/52 um 5.000,- € zu erhöhen wird abgestimmt.

5.000,-€	Ja	Nein	Enthaltung
	20	1	2

Damit ist der Antrag angenommen.

Folgender Antrag durch Juso-HSG, Piraten, g*al, Unilinks/ROSA, DWW*, CSU liegt vor:

- 1) Um die Arbeit der Antifa-AG zu fördern, wird die **KST 71 Antifa AG** um 4.275,- € aufgestockt. Man rechnet mit höheren Einnahmen im Überschuss E 01 00 von 4.275,- €. Von diesem Betrag werden 1.500,- € in **Kapitel 7 Infomedien** und 2.775,- € in **UK 91 Veranstaltungen** eingestellt.
- 2) Die **KST Antira AG** wird gestrichen, um den entsprechenden Betrag in die **KST 54 Freie Projekte** einzustellen. Zur Zweckbindung wird folgender Satz in die Kommentierung zu **KST 54** eingefügt: Zusätzlich stehen der Antira AG Mittel i.H.v. 6.760,- € aus dieser Kostenstelle zur Verfügung (AE: 5.760,- €; Sachmittel: 1.000,- €).
- 3) **UK 45 Abgaben AStA-ReferentInnen** ist umzubenennen in **Abgaben AE'en**. Des Weiteren ist in der Kommentierung zu **UK 45** folgender Satz hinzuzufügen: Aus diesem Kapitel werden alle Abgaben für normale AE'en gebucht. Dies gilt für jede Kostenstelle in der Aufwandsentschädigungen ausgezahlt werden.
- 4) Da sich im Jahr 2010 eine studentische Gruppe zusammen gefunden hat, die für 2011 mehrtägige Workshops zu den unten genannten Themen durchführen und für Studierende der Uni Bielefeld anbieten möchte soll die Kommentierung zu **KST 54 Freie Projekte** um folgenden Satz ergänzt werden: 4.500,- € sind für Workshops zu den Themen Anti-Sexismus, Empowerment und Critical Whiteness vorgesehen.
- 5) Die Kommentierung zu **KST 54 Freie Projekte** wird um folgenden Satz ergänzt: Des Weiteren sind 6.500,- € für die inhaltliche Vor- und Nachbereitung, sowie zum Besuch des 11. Weltsozialforums vorgesehen. Die Reise zum WSF wird übernommen, wenn alle Studierenden die Chance bekommen an dem Projekt teilzunehmen. Die Reise muss nach §9 Reisekostenordnung vom StuPa bewilligt werden.
- 6) Die **KST 54 Freie Projekte** wird um 12.000,- € erhöht. Man rechnet mit höheren Einnahmen im Überschuss E 01 00. Außerdem wird folgender Satz in die Kommentierung zur **KST 54** ergänzt: Den autonomen Referaten und dem ISR stehen jeweils 3.000,- € auf Antrag beim AStA für Projekte zur Verfügung, wenn der eigene Topf ausgereizt ist.

Malin Houben (g*al) erklärt zum ersten Teil des Antrages, dass der Topf der Antifa erhöht werden solle, da die AG in der Vergangenheit viel gemacht habe und auch künftig noch gerne mehr machen möchte. Lisa Waimann (ghg*ol) meint, dass nicht jeder wisse, was die Pläne im kommenden Jahr sind, daher wäre eine kurze Beschreibung sinnvoll. Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) fragt, warum die Anträge im Block abgestimmt werden sollen. Daniel Krenz-Dewe (:uniLinks!_r.o.s.a.) informiert über die Vorhaben der Antifa AG im kommenden Jahr: So sei u.a. die Fortsetzung der Reihe "Was uns beherrscht" und mehrere andere Bildungsveranstaltungen geplant. Außerdem sollen Exkursionen angeboten werden. Im Weiteren sei die Veröffentlichung einer hochschul- und bildungspolitischen Broschüre geplant. Auch zusätzliche Sachmittelanschaffungen seien geplant. Lisa W. erkundigt sich, was unter Broschüre zu verstehen sei. Florian Muhle (:uniLinks! r.o.s.a) antwortet, dass dort Themen wie die 40 Jahre Feier der Uni, kritische Begleitung und Kritik am Hochschulsystem, Auseinandersetzung mit der Bildungsstreikbewegung in den letzten Jahren und prekäre Arbeitsverhältnisse aufgegriffen werden sollen. Till Westermann (Juso-HSG) wundert sich, dass die Antifa-AG trotz der ganzen Arbeit im laufenden Haushaltsjahr so wenig Geld ausgegeben habe. Florian erklärt, dass vieles noch gebucht werden müsse, da mehrere Veranstaltungen bisher nicht abgerechnet worden seien. Vanessa möchte wissen ob bei so viel mehr Programm neue Leute mitarbeiten. Daniel K.-D. erklärt, dass es ausreichend Leute gebe, um die anfallende Arbeit stemmen zu können. Christian Osinga (KOMPASS) stellt dar, dass viele der geplanten Sachmittel aus anderen Bereichen besorgt werden könnten, so wie bspw. eine Buttonmaschine. Lisa W. fragt, ob die Exkursionen regelmäßig geplant seien, oder ob diese als Einzelposten kommentiert werden könnten.

Till meint, dass zwar viele Dinge einmalig seien, wenn aber jede Sache, die einmalig stattfindet, kommentiert würde, dann würde die Kommentierung gesprengt werden.

Katharina Bolgen (Juso-HSG) erklärt zum zweiten Teil des Antrages, dass die Antira AG kommentiert werden solle, da mit der AG Freie Bildung ähnlich verfahren wurde. Die Höhe bliebe aber unverändert. **Antu Munoz (ghg*ol)** ist der Ansicht, dass die Antira lieber eigene Gelder haben sollte. **Till** sieht den Vorteil der Kommentierung darin, dass diese der bisher schwachen Formalisierung eher gerecht werde und so besser geguckt werden könne, ob die Arbeit wirklich erledigt werde.

Felix Eikmeyer (g*al) stellt den dritten Teil des Antrages vor: Die Umbenennung von UK 45 in Abgaben-AE'en sei schlicht praktikabel.

Daniel K.-D. erläutert den vierten Teil des Antrages: So sollen unterschiedliche Workshops, speziell für Studentinnen angeboten werden, um gesellschaftliche Probleme zu reflektieren. Außerdem solle ein geschützter Raum erstellt werden. Henning Bielefeld (LHG) erkundigt sich, was Critical Whiteness sei. Till fragt, was Empowerment sei. Daniel K.-D. antwortet, dass Critical Whiteness ein amerikanischer Ansatz aus der Rassismusforschung sei. Es gehe um die kritische Auseinandersetzung weißer Menschen mit ihren Privilegien, da antirassistische Arbeit, ohne die Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien ist nicht möglich sei. Malin ergänzt, dass nicht nur das Problem bei den Diskriminierten, sondern bei den Diskriminierenden zu sehen sei. Vanessa fragt, warum dies nicht in den bestehenden Strukturen umgesetzt würde. Hendrik Unger (g*al) meint, dass die Unabhängigkeit der durchführenden Gruppe soll gewährleistet werden. Vanessa fragt nach der genauen Ausgestaltung der Workshops und den VeranstalterInnen. Daniel K.-D. antwortet, dass es sich um Wochenend-Workshops handele, zu denen professionelle ReferentInnen eingeladen würden, die ein entsprechendes Honorar bekämen. Die Engagierten seien u.a. ErziehungswissenschaftlerInnen, die sich an die Listen gewandt hätten. Henrik Pruisken (ghg*ol) stellt fest, dass KST 54 Freie Projekte genau für solche Projekte gedacht sei, und fragt warum dies erst kommentiert werden müsse. Diether Horstmann (Finanzreferent) erklärt, dass eine Kommentierung Sicherheit biete, auch unabhängig vom AStA dieses Geld zu erhalten. Malin ergänzt, dass auch für die Transparenz und veranstaltungsbezogene Abrechnung eine Kommentierung sinnvoll sei. Christian weist darauf hin, dass Geld generell nicht an Gruppen vergeben werden dürfe, die auch zu StuPa Wahlen antreten, dies werde aber berücksichtigt. Diether macht noch einmal deutlich, dass Geld nicht wahllos aus dem Topf rausfließen dürfe.

Felix Eikmeyer (g*al) stellt den fünften Teil des Antrages vor: Ein ähnlicher Antrag wurde zu Beginn der Sitzung bereits gestellt, jedoch wieder zurückgezogen. Für Christian sei dies viel Geld, er sei dagegen. Auch für Jan Seelhorst (DWW*) sei dies viel Geld, er sei aber dafür. Isabelle Sandow (PIRATEN) fragt, wie zu verstehen sei, dass alle Studierende die Chance bekommen an dem Projekt teilzunehmen. Malin antwortet, dass sich kein kleiner elitärer Kreis finden solle, sondern ein öffentliches Treffen organisiert werden müsse, bei dem die Transparenz gewährleistet wird. Dies könne auch über die Poolpropaganda oder ähnliche Instrumente beworben werden. Oliver Nißing (ghg*ol/Vorsitz) meint, dass das Konzept nicht dadurch gegeben sei, dass es im Haushalt steht. Außerdem sei das StuPa ein ungeeignetes Organ um festzustellen, welche Menschen nach Dakar fliegen dürften. Malin findet, dass die vor-und nachbereitende Gruppe sinnvollerweise über die Personen entscheiden sollte, die mitfahren dürfen. Malin geht davon aus, dass die Nachfrage jedoch nicht so groß sei, da die Reise mit sehr viel Arbeit verbunden sein werde. Oliver weist darauf hin, dass es sich um öffentliche Gelder handele, weshalb das StuPa mit in die Planung einbezogen werden müsse. Oliver meint, dass durch diese Kommentierung würde ein unfertiges Projekt in den Haushalt eingebaut würde. Malin erinnert daran, dass für die Fahrt nach Südafrika drei Personen ohne ein spezielles Auswahlverfahren losgeschickt wurden. Florian erläutert, dass diese Kommentierung nur der politische Wille sei, überhaupt so eine Veranstaltung durchzuführen. Über die Reise müsste nach §9 der Reisekostenordnung sowieso nochmal entschieden werden, daher erübrige sich die Diskussion über die konkrete Ausgestaltung. Isabelle, Till und Diether schließen sich dieser Aussage an. Oliver findet, dass der Haushalt der denkbar schlechteste Punkt für eine solche Reise sei. Diether verweist auf die "Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie" oder andere große Projekte, die ebenfalls kommentiert werden. Oliver sieht das Problem darin, dass diese Reise nur einem sehr kleinen Kreis zu Gute komme und erst Kriterien für die Auswahl formuliert werden müssten. Malin verweist darauf, dass auch für AE'en im Haushalt nicht genau stehe, wer wie viel bekommt. Oliver sieht den Unterschied darin, dass hier das Stupa über die Einstellung und damit über die Personen, die an das Geld kommen, entscheide. Henrik verweist darauf, dass für die Fahrt nach Südafrika konkrete Leute zur Verfügung standen, die diese Fahrt antreten wollen. Antu fällt auf, dass sich die Diskussion im Kreis drehe. Isabelle fragt, ob Kriterien im Nachhinein noch festgelegt werden könnten. Till stellt fest, dass nun nur über das Geld und die Planungssicherheit abgestimmt würde, die Kriterien festzulegen sei ein zweiter Schritt.

Harald Tiemann (C.S.U.) stellt den sechsten Teil des Antrages vor: Die KST Freie Projekte werde um 12.000,- € erhöht, soweit den autonomen Referaten ihre eigenen KST nicht ausreichen. Für das SchwuR erklärt Harald, dass mehr Reisekosten zu erwarten wären, da die Markus Hirschfeld Stiftung gegründet wurde. Außerdem sei die zweite Staffel der schwulen Filmtage geplant. Vanessa weist darauf hin, dass der Betrag für die autonomen Referate im Haushalt diesen durch eine Vollversammlung zugewiesen worden sei und findet es schade, dass der Betrag nicht mehr ausreiche. Till hält es für sinnvoller Geld aus den Überschüssen zu nehmen, als den Studis direkt abzunehmen. Christian weist darauf hin, dass der AStA einer Ausgabe der Gelder zustimmen müsse. Außerdem glaubt er, dass die Anträge insgesamt so umfangreich seien, dass über eine Erhöhung der Beiträge nachgedacht werden müsse. Harald möchte einer Beitragsdebatte jedoch nicht vorgreifen, da erst über die Besteuerung der AE'en diskutiert werden müsse. Vanessa schlägt vor, dass alternativ eine Erhöhung der Semesterticketbeiträge ausgesetzt werden könnte, um so die Überschüsse abzubauen. Alexander Wiegand (ghg*ol) fragt, warum das Geld kommentiert werden soll, wenn sowieso der AStA angefragt werden müsse. Christian antwortet, dass so die Planungssicherheit gewährleistet werde und außerdem die autonomen Referate alle gleich behandelt würden. Diether findet die Lösung elegant, da einige Referate ihr Geld ansparen und nicht ausgeben. Alexander stellt einen Änderungsantrag: Punkt 6) des Antrages soll gestrichen werden, da die Autonomie der Referate durch diesen Antrag eingeschränkt würde.

Punkt 6) streichen	Ja	Nein	Enthaltung
	7	17	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Christian stellt einen Änderungsantrag: Punkt 5) des Antrages soll gestrichen werden.

Punkt 5) streichen	Ja	Nein	Enthaltung
	8	14	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der vorliegende Antrag wird in der ursprünglichen Form abgestimmt.

Antrag zum Haushalt	Ja	Nein	Enthaltung
	16	8	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Diether Horstmann (Finanzreferent) schlägt vor, die Rücklagen um 50.000,- € zu reduzieren und in den Haushalt als Einnahme zu buchen, um das politische Zeichen des Abbaus von Rücklagen zu senden.

TOP 10 neu: Haushaltsplan 2011 3. Lesung

Namentliche Abstimmung

ja
ja
ja
nein
ja
nein
Enthaltung
nein
ja

Damit ist der Haushalt für 2011 17/7/1 beschlossen.

TOP 11 neu: Anträge

Christian Vouffo (ISR) berichtet, dass der ISR hat kein Geld mehr übrig hat. Für die Monate November und Dezember seien zusammen nur noch 600-700 € im Topf. Daher möchte der ISR eine Erhöhung von 600,- € um die AE'en der ReferentInnen im Jahr 2010 noch auszuzahlen zu können. Christian Osinga (KOMPASS) meint, dass autonome Referate ihr Geld zur freien Verfügung hätten, daher sei eine Bezuschussung durch das StuPa nicht sinnvoll. Christian Müller (AStA) erklärt, dass Kultur förderungswürdig sei. Da Partys immer floppen könnten, sei diese einmalige Unterstützung sinnvoll. Lisa Waimann (ghg*ol) entgegnet, dass die Veranstalter die Verantwortung für einen Misserfolg selber tragen, wenn sie Partys nicht kostendeckend organisieren. Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) meint, dass die aktuellen ReferentInnen des ISR nicht unter dem vorherigen ISR leiden sollten. Christian findet, dass die AE-Höhe kalkulierbar sei, da die Gesamthöhe der verfügbaren AE im Haushalt stehe. Malin Houben (g*al) sagt, dass neugewählte ReferentInnen dies nicht direkt machen, da es nicht die wichtigste Aufgabe sei. Diether Horstmann (Finanzreferent) berichtet, dass die neuen ReferentInnen vorher zum Finanzreferat gekommen seien, um sich zu informieren.

600,- € für ISR	Ja	Nein	Enthaltung
	19	1	4

Damit ist der Antrag angenommen.

Es liegt folgender Antrag der ghg*ol vor:

Das Studierendenparlament fordert das Dezernat Facility Management 4 auf, die Auflagen, die sich auf die Nutzung des Campus der Universität Bielefeld beziehen, im Internet zu veröffentlichen, damit die Initiativen, die den Campus der Universität nutzen möchten, im Voraus wissen, was das Dezernat FM4 erwartet. Dies würde eine bessere und effektivere Nutzung des Campus erlauben.

Begründung:

Das Dezernat Facility Management ist anscheinend eins der beschäftigsten Dezernate der Universität und wir möchten daher zur Wahrung des guten Miteinanders nicht lästig (mit mehreren Besuchen aus dem gleichen Grund) werden und diese äußerst wichtige Arbeit stören oder behindern, wenn die Studierenden auf der Suche nach den immer höchst wichtigen Auflagen, die die Nutzung des Campus bestimmen immer wieder nachfragen müssen. Aus diesem Grund möchten wir es operationalisieren, indem wir fordern, dass diese Auflagen ins Internet gestellt werden sollen und für alle zugänglich gemacht werden. Das wird nicht nur qualitativ, und quantitativ die Arbeit des Dezernats FM4 und der Studierendenvertretungen bereichern, sondern auch ihre Effizienz erhöhen.

Felix Eikmeyer (g*al) beantragt den letzten Satz zu streichen. **Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol)** erkundigt sich, ob sich die Kritik nur gegen den letzten Satz oder den Antrag richte. **Christian Osinga (KOMPASS)** antwortet, dass es nur um den letzten Satz gehe. **Antu Munoz (ghg*ol)** übernimmt die Änderung für die ghg*ol.

Internet Dez. FM	Ja	Nein	Enthaltung
	24	0	0

Damit ist der Antrag angenommen.

Es liegt zweiter Antrag der ghg*ol vor:

Das Studierendenparlament fordert das Dezernat Facility Management und insbesondere seinen Dezernenten Dr. Christian Schepers auf, eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der deutlich wird, was sie unter "Studieren in Bielefeld" und "Studentisches Leben und Kultur in der Universität Bielefeld" verstehen. Diese Erklärung muss für jede Person der Universität zugänglich sein, insbesondere für die Studierenden der Universität.

Begründung:

Das Dezernat Facility Management reguliert verschiedene und wichtige Aspekte sowohl des Alltags, als auch der studentischen Kultur unserer Universität und um ihre Arbeit und Absichten besser zu verstehen, müssen wir wissen, welche Vorstellungen sie davon haben, damit die Kommunikation zwischen Studierendenschaft und Leitung nachvollziehbar wird. Es scheint, dass das Dezernat unter der Maxime arbeitet, die Uni als reine Lernfabrik aufzufassen, in der es nur darum geht, eine möglichst effiziente Beschickung der Lehrveranstaltungen zu gewährleisten. Wir würden durch den Antrag gerne erfahren, inwieweit die Bereitschaft besteht, die Uni auch als Ort des Lebens und des Austausches zu begreifen und diesbezügliche Aktivitäten nicht zu erschweren.

Christian Osinga (KOMPASS) erklärt, dass politische Vorgaben durch die Verwaltung/Dezernat FM nicht erwünscht und nicht deren Aufgabe seien. Antu Munoz (ghg*ol) meint, dass durch das Dezernat das studentische Leben stark geprägt werde. Da oft der Sinn hinter dem Handeln des Dezernats nicht verständlich sei, solle über die Maßstäbe des Dezernat FM informiert werden.

Hendrik Unger (g*al) schlägt vor, das "scheiß Dezernat für scheiß Facility Management" durch eine Kampagne vieler Menschen an der Uni auf das oft unverständliche Handeln hinzuweisen. Der Antrag wird zurückgezogen.

Florian Muhle (:uniLinks!_r.o.s.a.) stellt für uniLinks den Antrag, dass der StuPa Vorsitz offen legt, welche Mitglieder auf dem StuPa-Verteiler stehen und Mitglieder der Verwaltung von diesem Verteiler entfernt. Er begründet den Antrag damit, dass MitarbeiterInnen des Rektorats, die für Studium und Lehre zuständig sind, keine internen Informationen der Studierendenschaft erhalten sollten.

Lisa Waimann (ghg*ol) weist darauf hin, dass Mira Studentin sei und damit die gleichen Rechte wie andere Menschen auf dem Verteiler habe. Sie sollte daher nicht aus dem Verteiler ausgeschlossen werden. Mira könne höchstens gebeten werden aus dem Verteiler auszutreten. Christian Osinga (KOMPASS) erläutert, dass Mira in einem Gremium der Studierendenschaft (Ältestenrat) Mitglied sei. Harald Tiemann (C.S.U.) berichtet, dass auf dem Verteiler, der relativ offen gestaltet sei, u.a. auch Radio Hertz eingeschrieben sei. Nur wenn dieser Verteiler anders konzipiert wäre, als vertraulicher Verteiler, dann ergäbe eine solche Streichung Sinn. Auch PressevertreterInnen wären früher Teil des Verteilers. Malin Houben (g*al) meint, dass das StuPa Kriterien überlegen solle, nach denen entschieden werden kann, wer auf dem Verteiler steht. Oliver Nißing (ghg*ol/Vorsitz) erklärt, dass der Verteiler primär zur Information der Mitglieder des Studierendenparlaments eingerichtet worden sei, daher solle nun über die Verteilergestaltung diskutiert wird, nicht darüber ob wer vom Verteiler genommen wird. Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) findet, dass der Verteiler im aktuellen Zustand gelassen werden sollen und ggf. ein zweiter interner Verteiler eingerichtet werden könnte. Christian weist darauf hin, dass das StuPa beschlossen habe, dass studentische Protokolle über diesen Verteiler gesendet werden, so dass durchaus sensible Daten über den Verteiler gehen.

Florian ändert den Antrag: *Der StuPa Vorsitz legt bis zur nächsten Sitzung offen, welche Personen und Gruppen in dem Gremienstudierendenverteiler stehen. Er sorgt darüber hinaus dafür, dass Personen die bezahlte MitarbeiterInnen des Rektorats aus ihm entfernt werden und auch künftig keinen Zugang zu dem Verteiler erhalten.*

Lisa Brockerhoff (ghg*ol/AStA) möchte, dass Kriterien für den Verteiler ausgearbeitet werden, bevor dieser Antrag übers Knie gebrochen werde. Henrik Pruisken (ghg*ol) weist darauf hin, dass Mira zum Gremienverteiler gehöre, so lange sie Mitglieds des Ältestenrates sei. Christian schlägt als weiteres Kriterium vor, nur Klarnamen zuzulassen und Mailinglisten nicht auf den Verteiler zu setzen. Malin meint, dass es mehr Sinn mache den StuPa-Vorsitz zu beauftragen oder eine Arbeitsgruppe zusammenzustellen, die sich mit dem Verteiler beschäftigt als das Thema nun zu diskutieren. Johannes Zück (Juso-HSG) stellt einen Änderungsantrag: Streichung des zweiten Satzes. Vanessa fragt, welche Mitarbeiter des Rektorats gemeint seien und ob auch studentische Hilfskräfte dazugehörten. Daniel Krenz-Dewe (:uniLinks!_r.o.s.a.) räumt ein sich dessen nicht bewusst gewesen zu sein.

Streichung 2. Satz	Ja	Nein	Enthaltung
	15	4	3

Damit ist die Änderung angenommen.

Mailverteiler	Ja	Nein	Enthaltung
	19	0	2

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 12neu: Sonstiges

Niemand möchte etwas loswerden.